

A1NEU Frau, Leben, Freiheit!

Gremium: 2. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 17.12.2022
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Frau, Leben, Freiheit!

2 Der Mord an Jina Mahsa Amini, eine junge iranische Kurdin, war ein staatlicher
3 Femizid ausgeführt durch die Sittenpolizei des Mullah-Regimes. Tausende Frauen,
4 queere Menschen und Jugendliche strömen seit dem Mord an Jina Mahsa Amini auf
5 die Straßen, einige reißen sich öffentlich das Kopftuch ab und legen sich mit
6 dem Repressionsapparat an, der die Proteste auf brutalste Weise eindämmen will.
7 „Jin, Jiyan, Azadi – Zan, Zendegi, Azadi! Frau, Leben, Freiheit“ – ist der
8 Leitspruch der Proteste. Unter diesem Aufruf haben kurdische Frauen ihren
9 Widerstand bereits gegen die islamische Terrorgruppe ISIS organisiert und
10 bekräftigt. Heute, im Iran, organisieren sie sich in ihrem Kampf für Demokratie
11 und Freiheit. Die Protestbewegung ist aber keine rein weibliche – auch Männer,
12 Junge und Alte gehen auf die Straße und unterstützen den Aufstand gegen die
13 Unterdrückung. Die wirtschaftlichen Verhältnisse im Iran sind seit Jahren
14 schlecht.

15 Viele Iraner*innen leben in heftiger Armut, einige haben nicht einmal Zugang zu
16 sauberem Trinkwasser, während Angehörige des Mullah-Regimes ein Luxusleben
17 führen und die Gewinne aus der Ölwirtschaft an einige wenige gehen. Auch deswegen
18 wird die Protestbewegung zunehmend von Arbeiter*innen unterstützt, die ihre
19 Betriebe, wie die Öltraffinerien, bestreiken.

20 Immer mehr Menschen wehren sich gegen die islamistisch motivierte
21 Unterdrückung von Frauen, von Homosexuellen, von queeren Menschen, gegen Armut,
22 gegen ihre wirtschaftliche Ausbeutung – kurz: sie begehren auf gegen ein Regime,
23 das ihre Rechte und ihr Wohlergehen verachtet. Das Wesen des Regimes der
24 Islamischen Republik besteht aus reiner Gewalt und Terror, ist ein staatlicher
25 Förderer des Terrorismus, der auch gegen die eigene Zivilbevölkerung mit
26 exzessiver Gewalt und Terror vorgeht und deren Protest niederschlägt: Tausende
27 Protestierende wurden seit Beginn der Aufstände inhaftiert, viele wurden
28 gefoltert, einige Demonstrant*innen sogar getötet. Trotzdem gelingt es dem
29 mächtigen Repressionsapparat der islamischen Republik nicht, diese revolutionäre
30 Bewegung zu beenden. Eine Bewegung, die Gleichberechtigung, Menschenrechte und
31 Freiheit anstrebt, wird sich am Ende gegen Unrecht und Diktatur durchsetzen,
32 daran hält sich die Mehrheit der Iraner*innen fest.

33 **Die Wut ist keine neue**

34 Schon kurz nach der islamischen Revolution 1979 wurde der Verschleierungszwang
35 eingeführt. Frauen waren damit die erste Gruppe, deren Grundrechte direkt nach
36 der Revolution von der islamischen Führung eingeschränkt wurde. Schon damals
37 versammelten sich Frauen und protestierten tagelang gegen die Einschränkung
38 ihrer Freiheiten. In den folgenden Jahren wurden Oppositionelle verfolgt,
39 gefoltert und ermordet, Kurd*innen diskriminiert und ein immer brutalerer
40 Machtapparat aufgebaut. Auch hat das Regime im Iran jahrelang versucht, Gruppen
41 im Land gegeneinander auszuspielen, so auch die Mehrheitsgesellschaft gegen die
42 Kurd*innen. Aber jetzt, unter dem Slogan »Frau, Leben, Freiheit« kommen alle
43 zusammen.

44 **Solidarität mit dem Freiheitskampf!**

45 Es sind die Menschen im Iran, die ihr Schicksal in die Hand nehmen und für
46 Freiheit eintreten. Es ist unsere Aufgabe, sie dabei bestmöglich zu
47 unterstützen.

48 Was zu tun ist:

- 49 • Als Grüne Jugend unterstützen wir die Demonstrationen in Deutschland,
50 mobilisieren zu ihnen und beteiligen uns mit unseren Kreisverbänden vor
51 Ort in der Organisation ebendieser. Wir unterstützen das besondere
52 Engagement der iranischen Exilgesellschaft in Deutschland in ihrem Kampf
53 für Freiheit und Demokratie im Iran und stellen ihnen im Rahmen unserer
54 Möglichkeiten Kompetenzen und Ressourcen für ihre Aktivitäten zur
55 Verfügung.
- 56 • Wir sehen es als unser unmittelbares Handlungsfeld, sicheres politisches
57 Engagement für Exil-Iraner*innen in Deutschland zu ermöglichen. Deswegen
58 setzen wir uns für die Schließung des islamischen Zentrums in Hamburg ein,
59 welches eng mit dem Regime im Iran verstrickt ist.
- 60 • Die Revolutionsgarde muss offiziell als Terrororganisation eingestuft
61 werden und ein weitreichendes Einreiseverbot für Mitglieder verhängt
62 werden. Alle Immobilien und Vermögen von natürlichen und juristischen
63 Personen, die den Revolutionsgarden zugeordnet sind, sind zurückzuführen,
64 zu beschlagnahmen und den Personen Zugriff auf mögliche Konten zu
65 verwehren.
- 66 • Darüber hinaus ist es die Aufgabe der Bundesregierung, den behördlichen
67 Schutz für Exil-Iraner*innen zu ermöglichen.

- 68 • Wir brauchen einen sofortigen Abschiebestopp in den Iran. Die
69 Einreisesperre für bereits abgeschobene Menschen muss zurückgenommen
70 werden und allen Iraner*innen ein Bleiberecht gewährt werden.
- 71 • Es braucht schnellstmöglich eine unbürokratische und bedingungslose
72 Aufnahme geflüchteter Menschen aus dem Iran – zum Beispiel durch Bundes-
73 oder Landesaufnahmeprogramme.
- 74 • Menschen, die direkt oder indirekt mit oder für die Bundesrepublik
75 Deutschland gearbeitet haben, sind durch ihre Tätigkeit und ihr Engagement
76 gefährdet. Die Bundesregierung trägt besondere Verantwortung diese
77 Menschen zu schützen und ihnen und ihren Familienangehörigen die Einreise
78 nach Deutschland zu ermöglichen.
- 79 • Sanktionen, die die Bevölkerung des Irans treffen, sind kontraproduktiv.
80 Sinnvoll sind gezielte Sanktionen gegen Einzelpersonen und Organisationen,
81 die mit dem Regime verstrickt sind und es unterstützen. Dazu gehört neben
82 einem Kooperations- und Betätigungsverbot auch die Konfiszierung von
83 Einkommen und Vermögen sowie die strafrechtliche Verfolgung.
- 84 • Der Zugang zum freien Internet ist für die mutigen Menschen im Iran
85 notwendig, um auf der einen Seite miteinander zu kommunizieren und auf der
86 anderen Seite, internationale Aufmerksamkeit und Solidarität zu erzeugen.
87 Das Regime der islamischen Republik schränkt diesen Zugang immer weiter
88 ein. Die vielen Initiativen aus Zivilgesellschaft, Unternehmen und auch
89 Regierungen, diese Sperren zu umgehen und weiterhin Kommunikation zu
90 ermöglichen sind eine Form praktischer Solidarität!
- 91 • Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, Wege zu finden, Oppositionelle
92 direkt zu unterstützen. Dafür braucht es einen engen Dialog mit der
93 Protestbewegung, um auszuloten, welche Unterstützung vor Ort tatsächlich
94 hilfreich ist
- 95 • Wir setzen uns für eine Welt frei von Atomwaffen ein. Ob man mit dem
96 gewaltvollen Mullah-Regime verlässliche Abmachungen eingehen kann, ist
97 zurecht umstritten. Dementsprechend ist es richtig, dass die Verhandlungen
98 zum Atomwaffenvertrag weiterhin gestoppt bleiben.

99 **Gemeinsam für Freiheit und Menschenrechte,**
100 **überall!**

101 Das außenpolitische Handeln der Bundesregierung ist widersprüchlich und bei
102 weitem nicht nur wertegeleitet. Während die Kurd*innen in Ostkurdistan im Iran

103 treibende Kraft für die Revolution sind, werden sie in Südkurdistan von der
104 Türkei angegriffen. Mittlerweile häufen sich die Berichte, dass es sich um
105 Giftgasangriffe handelt. Hierzu schweigt die Bundesregierung, wie schon bei den
106 Angriffen auf Nord-Ost-Syrien.

107
108 Die Bundesregierung muss sich für eine unabhängige Aufklärung einsetzen, ob es
109 sich tatsächlich um Giftgasangriffe handelt. Sie muss die völkerrechtswidrigen
110 Angriffe in Nord-Ost-Syrien (Rojava) klar verurteilen, und sich für ihr Ende
111 einsetzen. Es sind auch Waffen aus Deutschland, die bei den imperialistischen
112 Angriffen durch Deutschlands NATO-Partner Türkei eingesetzt wurden.

113
114 Hier sehen wir, was passiert, wenn der Anspruch eines wertorientierten Handelns
115 nicht mit der Interessenslage des Staates zusammen fallen. Wir kämpfen für eine
116 Welt , in der das Wohl des einen nicht auf dem Leid des anderen fußt. Eine Welt
117 ohne Krieg, Ausbeutung und Diskriminierung. Eine Welt, in der die Menschenrechte
118 im Mittelpunkt des politischen Handeln stehen. Diesen Anspruch erhebt die
119 Bundesregierung mit dem Bekenntnis zu feministischer Außenpolitik ebenfalls an
120 sich. In den Momenten, wo wertegeleitetes Handeln notwendig wäre, auch wenn es
121 sich gegen die eigenen Staats- und Kapitalinteressen richtet, sehen wir aber,
122 dass die Regierung ihren Anspruch verfehlt. Für uns bedeutet das nur umso mehr:
123 Wir stehen solidarisch an der Seite der Kurd*innen! Die Beziehungen zwischen
124 Staaten ist von Abhängigkeiten und geopolitischen, oft wirtschaftlichen
125 Interessen geprägt.

126 Als Linke stellt uns das vor die Herausforderung, wirkmächtige Handlungsfelder
127 zu erkennen und zu nutzen. Dass die Situation im Iran auch hier in Deutschland
128 Hunderttausende auf die Straßen treibt, zeigt, wie groß das Potential für
129 internationale Solidarität ist. Hieran können wir anknüpfen. Wenn das Regime
130 Internet und Messenger abschaltet, um die Stimmen der Proteste im Iran zu
131 ersticken, dann stehen wir umso lauter für die mutigen Menschen im Iran ein. Als
132 internationalistische Feminist*innen, als Unterstützer*innen der revolutionären
133 Kräfte im Iran, müssen wir jetzt das Machbare tun, um die Kräfte vor Ort zu
134 unterstützen.

135
136 Internationale Solidarität brauchen wir auch dann, wenn diejenigen, die für
137 Freiheit kämpfen, gerade keine internationale Bühne haben, wenn sie in der
138 Minderheit sind und wenn noch viel Aufbauarbeit zu leisten ist. Wie wir sie auf
139 der einen Seite durch die direkte Verbindung zu Akteuren im Ausland und auf der
140 anderen Seite durch den Druck auf die eigene Regierung unterstützen können, sind
141 Fragen, denen wir uns als GRÜNE JUGEND im nächsten Jahr vermehrt annehmen
142 werden. Wir wollen dabei an dem Aufbau einer internationalistischen Linken
143 arbeiten, die in globalen Fragen nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen
144 kann, sondern international miteinander vernetzt eine echte Schlagkraft
145 entwickeln kann.

A2NEU Klimagerechtigkeit: Global erkämpfen!

Gremium: 2. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 17.12.2022
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Der dritte Dürresommer in Folge, Rekordtemperaturen auf der ganzen Welt, so
2 viele Waldbrände in Europa in einem Jahr wie seit Beginn der Aufzeichnungen,
3 tödliche Fluten in Pakistan: Die katastrophalen Folgen der Klimaerwärmung sind
4 schon jetzt tagtäglich und überall auf der Welt spürbar. Bereits jetzt hat sich
5 das Klima um 1,1 C° erwärmt. Aktuell steuern wir auf eine Erwärmung von ca. 4 C°
6 zu und damit auf noch weitaus dramatischere Folgen für Menschen, Natur und den
7 Planeten.

8 Bisher getroffene Zusagen für den Klimaschutz werden – national wie
9 international – nicht eingehalten - und damit sind wir von der Umsetzung des
10 Pariser Klimaabkommens noch meilenweit entfernt. Doch machen wir uns nichts vor:
11 Selbst das Einhalten des dort vereinbarten 1,5-Grad Limits wird zu einer
12 massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen von Millionen Menschen führen.
13 Die jetzt schon menschenunwürdige Situation der weltweiten Ernährungssicherheit
14 und -souveränität wird sich noch weiter verschlechtern. Denn auch bei der
15 Einhaltung der bisherigen Klimaziele können klimatische Kipppunkte überschritten
16 werden - mit völlig unkontrollierbaren Folgen. Klimaschutz ist deshalb
17 notwendige Voraussetzung für ein würdiges Leben aller Menschen.

18 Es ist daher gerade so notwendig, wie vielleicht noch nie, politisch zu handeln.
19 Doch statt eines konsequenten Umsteuerns erleben wir politisches Versagen. Auch
20 Deutschland hat es bis jetzt noch kein einziges Mal durch politische Maßnahmen
21 geschafft, die ohnehin viel zu ambitionstosen Klimaziele zu erreichen. Jahr für
22 Jahr werden die notwendigen CO₂-Einsparungen nicht erreicht, was vor allem am
23 Stillstand im Bausektor, der Blockade im Verkehrsbereich und der viel zu
24 umfangreichen Verstromung von Kohle und Gas liegt. Auch umfassende Pakete zum
25 Ausbau der Erneuerbaren, ein immer noch viel zu teures 49€-Ticket und etwas mehr
26 Geld für die Schiene können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die aktuelle
27 Energiekrise durch den Bau von neuen LNG-Terminals und zusätzlicher
28 Kohleverstromung eher zu einem fossilen Backlash als zu einem wirklichen
29 Klimaaufbruch führt. So droht Deutschland, auch die Klimaziele 2030 krachend zu
30 verfehlen.
31

32 Aber auch der Schutz vor den Folgen der Klimakatastrophe ist hierzulande nicht
33 gegeben. Die verheerende Flutkatastrophe im Ahrtal im August 2021 hat uns
34 gezeigt, was die Klimakrise schon jetzt für Schäden mit sich bringen kann.
35 Deshalb ist eine weitere Aufstockung der Maßnahmen zur Prävention von
36 Klimaschäden in unserem Land unabdingbar. Die bisher für die Kommunen bereit
37 gestellten Mittel sind in Anbetracht der dramatischen Lage ein Witz und
38 vollkommen unzureichend, um gegen die Klimakatastrophe gewappnet zu sein.

39
40 Der Beschluss zur Einführung eines "Loss and Damage"-Fonds auf der 27.
41 Weltklimakonferenz ist zwar ein erster Erfolg, allerdings fehlen die konkreten
42 Vereinbarungen, wie und wohin die Geberländer das Geld aufbringen wollen.
43 Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass hier so schnell wie möglich,
44 schon vor der nächsten COP konkrete Summen und Mechanismen vereinbart werden.
45 Wenn wir die Klimakrise als globale Gerechtigkeitskrise begreifen, müssen die
46 reichsten und größten Emittenten der Welt endlich finanzielle Verantwortung für
47 Klimaschäden in den am stärksten betroffenen Ländern übernehmen.

48 **Im Namen unserer Zukunft: tax the rich**

49 Die Klimakrise ist und bleibt eine globale Gerechtigkeitskrise. Wer von
50 Klimagerechtigkeit spricht, darf deshalb von Ungleichheit nicht schweigen. Von
51 1990 bis 2015 hat das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung mehr als doppelt so
52 viele Emissionen verursacht wie die ärmsten 50 Prozent zusammen. Um das 1,5-
53 Grad-Ziel zu erreichen, müssten die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung
54 ihre durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 auf ein Zehntel reduzieren.
55 Zudem sind gerade einmal 100 Konzerne für 70% des weltweiten CO₂-Ausstoß
56 verantwortlich. Dennoch wird die Verantwortung der Klimakrise auf Individuen
57 abgewälzt und den Ärmsten der Gesellschaften immer wieder erzählt, dass
58 ausgerechnet sie sparen müssten – während Reiche und Konzerne für die Klimakrise
59 verantwortlich sind.

60 Privatjets, Luxusjachten, Luxusvillen, SUVs auf der einen Seite, Dürren, Fluten
61 und Hunger auf der anderen Seite: Wir können uns die Reichen schon lange nicht
62 mehr leisten. Deswegen ist Klimaschutz vor allem eine Frage von Umverteilung von
63 Reichtum und Ressourcen, weshalb wir uns für diese einsetzen – national wie
64 international.

65 **Das Versagen hat System: Klimagerechtigkeit ist Systemfrage**

66 Doch die Klimakrise werden wir nicht in den Griff bekommen, wenn wir auf
67 individuelles Verhalten oder einzelne Personen abzielen. Wir müssen die
68 systematischen Grundlagen dahinter verstehen - und sie ändern.

69 Solange wir uns die Politik von fossilen Konzernen diktieren lassen, wird es
70 keine Klimagerechtigkeit geben. Am Beispiel der Energieversorgung zeigt sich so

71 deutlich wie auf kaum einem anderen Feld, wie gefährlich der fossile
72 Kapitalismus für unsere Zukunft ist: Die fossile Erzeugung von Energie
73 begünstigt in einem kapitalistischen System grundsätzlich die Bildung von
74 Monopolen - ganz einfach, weil die natürlichen Gegebenheiten eine extrem
75 zentralisierte Art des Abbaus und der Verbrennung von fossilen Brennstoffen
76 nötig machen. Weil die Tagebaue und Gasfelder in der Hand von Konzernen liegen,
77 können diese darüber entscheiden, was mit ihnen geschieht – und diese
78 entscheiden sich für den profitabelsten Weg. Somit sind für das Klima
79 entscheidende Bereiche außerhalb einer demokratischen Kontrollen.

80 Fossile Konzerne machen Milliardengeschäfte mit dem Verheizen unseres Klimas –
81 und investieren viel dafür, dass das auch so bleibt. Es sind zahlreiche
82 Beispiele bekannt, in denen Konzerne – oft erfolgreich – versuchen, die
83 Klimapolitik von Regierungen zu beeinflussen: Sie erkämpfen
84 Milliardensubventionen für die Kohleförderung, schreiben an Gesetzen mit - wie
85 zuletzt bei der Gasumlage - oder schafften zweifelhafte Grundlagen für
86 politische Entscheidungen durch fragwürdige Gutachten, wie zuletzt in Lützerath.

87 Aber nicht nur an der Energieerzeugung, sondern auch an der Weiterverteilung von
88 Energie lässt sich zeigen, warum an einer gewinnorientierten Organisation
89 unserer Energieversorgung Einzelne gewinnen und viele verlieren: Durch eine
90 Liberalisierung des Strommarktes und hohen Spardruck der strukturell
91 unterfinanzierten Kommunen kam es in den letzten 20 Jahren zu immer mehr
92 Privatisierungen von Energienetzen. Notwendige Investitionen wurden verschleppt,
93 Profite landeten auf den Konten der Konzerne und schlussendlich stiegen die
94 Energiepreise für alle. Solange Profitbestrebungen im Mittelpunkt stehen, werden
95 Konzerngewinne und nicht günstige Energiepreise und Klimaschutz im Mittelpunkt
96 stehen.

97 **Vergesellschaftung statt Profitdruck**

98 Dass wir leider noch weit von einer solidarischen, klimaneutralen
99 Energieerzeugung entfernt sind, haben wir zuletzt an den Entscheidungen um
100 Lützerath gesehen. Wie darauf aber eine gerechte Antwort aussehen könnte, ist
101 offensichtlich: Wenn mit RWE in Sachen Lützerath nicht mehr verhandelt werden
102 kann, dann müssen wir über RWE verhandeln - und das geht nur mit
103 Vergesellschaftung! Dass über Nacht Milliarden für die Verstaatlichung von
104 Energiekonzernen aufgebracht werden können, haben uns die Fälle Uniper und SEFE
105 deutlich vor Augen geführt. Dass in Krisen Verluste vergesellschaftet werden,
106 während Gewinne weiter privatisiert werden, ist zwar nichts Neues, bleibt aber
107 ungerecht. Wir müssen jetzt aus der Krise lernen und endlich Schluss machen mit
108 einer profitorientierten, fossilen Energiewirtschaft.

109 Neben den enormen Klimaschäden, die die Kohleverstromung mit sich bringt, drohen
110 hohe Folgekosten – sogenannte Ewigkeitskosten – durch Umweltzerstörung und -

111 verschmutzung in den Abbaugelieten. RWE und co. legen zwar Geld dafür zurück, es
112 wird aber davon ausgegangen, dass die Kosten der Langzeitfolgen diese
113 Rückstellungen bei weitem überschreiten. Es darf nicht sein, dass fossile
114 Konzerne heute noch Dividenden ausschütten, während die Allgemeinheit in Zukunft
115 die Ewigkeitskosten wird tragen müssen. Die Konzerne, nicht wir, sollen in
116 Zukunft diese Kosten tragen. Deshalb setzen wir uns als GRÜNE JUGEND dafür ein,
117 dass Energiekonzerne dazu verpflichtet werden, in einen Ewigkeitslasten-Fonds
118 einzuzahlen.

119
120 Es ist klar, dass wir schnellstmöglich aus fossilen Energien aussteigen müssen.
121 Auch die Beschäftigten in den Tagebauregionen wissen, wie dringend gehandelt
122 werden muss, um die Klimakrise einzudämmen. Gleichzeitig machen sich viele
123 Sorgen um ihre finanzielle Zukunft und fragen sich, ob es in Zukunft noch gute
124 Arbeit für sie geben wird. Die betroffenen Regionen stecken mitten in einem
125 umfassenden Strukturwandel, der dringend sozialgerecht gestaltet werden muss.
126 Durch eine aktive Strukturpolitik, attraktive Um- und Weiterbildungsangebote,
127 Maßnahmen wie eine Ausbildungs- und Jobgarantie und gute Löhne in den
128 Zukunftsbranchen kann der Wandel vor Ort gelingen. Gemeinsam mit den
129 Beschäftigten wollen wir für gute Arbeit, eine starke Daseinsvorsorge und
130 umfängliche soziale Absicherung in der Transformation sorgen.

131 Die Energieversorgung gehört - wie die gesamte Grundversorgung - in die
132 öffentliche Hand, damit ihr Zugang nicht weiter vom Profitdruck erschwert wird.
133 Das bedeutet nicht, dass Konzerne, deren fossiles Konzept nicht aufgeht, sich
134 darauf verlassen können, einfach vom Staat gegen hohe Summen auf Kosten der
135 Allgemeinheit aufgekauft zu werden. Ein Freikaufen aus der Verantwortung für
136 fossile Infrastruktur dürfen die Regierungen nicht zulassen. Über
137 Vergesellschaftung muss da diskutiert werden, wo Profitinteressen einer
138 klimafreundlichen und bezahlbaren Energieversorgung klar entgegenstehen.

139 Außerdem müssen wir als Gesellschaft auch darüber verhandeln, für was eigentlich
140 wie viel Energie benötigt wird – und ob das sinnvoll ist. Heutzutage wird so
141 viel produziert, wie noch nie. Einige Teile dieser Produktion zielen nicht
142 darauf ab, menschliche und gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen -
143 sondern vor allem, um damit Umsatz zu erwirtschaften. Wir wollen mit einer
144 profitmaximierenden Produktion zum Selbstzweck brechen!

145 **Für die notwendigen Antworten: Eigentumsfragen stellen!**

146 Wir können daher nicht im Klein-Klein bleiben und mit etwas mehr, aber immer
147 noch viel zu wenig Klimaschutz zufrieden sein. Die notwendigen Antworten auf die
148 Klimakrise können wir nur geben, wenn wir Eigentumsfragen stellen. Es reicht
149 schlichtweg nicht, sich nur mit einzelnen Maßnahmen oder gesetzlichen
150 Ausgestaltungen zu beschäftigen: Jede Regierung und jede Partei – auch die
151 Grünen – werden an der Bewältigung der Klimakrise scheitern, wenn sie den
152 Einfluss unseres Wirtschaftssystems auf die Klimakrise ausblenden und sich nicht
153 trauen, diese zu problematisieren. Wir müssen das auf Profitmaximierung

154 bestehende System überwinden, um Klimagerechtigkeit Realität werden zu lassen.

155 **Solidarisch als Teil der Klimabewegung**

156 Seit Jahren formiert sich daher Protest gegen eine Klimapolitik des
157 Verschiebens, Verwässerns und Blockierens – gegen eine Klimapolitik, die das
158 Problem nicht an der Wurzel anpackt. Nachdem die Klimabewegung anfänglich hohe
159 Erwartungen an die Ampel-Regierung hatte, zeigen sich nun immer mehr
160 Aktivist*innen enttäuscht darüber, dass selbst nahezu kostenlose und extrem
161 leicht umzusetzende Maßnahmen wie ein Tempolimit nicht ergriffen werden –
162 geschweige denn von wirklichen systematischen Veränderungen.

163 Als Teil der Klimabewegung teilen wir den Frust und die Enttäuschung über die
164 aktuelle, leider immer noch viel zu ambitionslose Klimapolitik. Wir wollen daher
165 dazu beitragen, Strategien und Aktionsformen zu finden, die es schaffen, breite
166 Teile der Gesellschaft für den Kampf um ein gutes Leben auf diesem Planeten zu
167 gewinnen und gleichzeitig diejenigen anzugreifen, die im großen Stil für den
168 Ausstoß von Treibhausgasen und deren Regulation verantwortlich sind.

169 Ziviler Ungehorsam war, ist und wird für uns dabei immer ein notwendiges Mittel
170 der Auseinandersetzung sein. Dass Aktivist*innen, wie etwa in Bayern, nun mit
171 bis zu 30 Tagen Präventivhaft belegt werden, ist für uns vollkommen maßlos und
172 bricht zudem mit fundamentalen Rechtsstaatsprinzipien. Ähnlich absurd ist, dass
173 sich die öffentliche Debatte nun ausschließlich um die Frage dreht, wie sehr
174 sich die Klimabewegung radikalisiert habe, während die Klimakrise und dessen
175 Folgen von Tag zu Tag dramatischer werden.

176 **Zeit für einen klimagerechten, linken Machtaufbau - international!**

177 Solange wir uns die Klimapolitik von (fossilen) Konzernen diktieren lassen, wird
178 es keine Klimagerechtigkeit geben. Es braucht eine Kehrtwende in der
179 Klimapolitik, in der die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt gerückt
180 werden: Eine günstige Energieversorgung, kostenfreie Mobilität für alle,
181 bezahlbares und solidarisches Wohnen ist ebenso machbar wie ein
182 krisenresistentes, gerechtes und ökologisches Landwirtschaftssystem. Als Grüne
183 Jugend werden wir daher Klimaschutz als zentrale Gerechtigkeitsfrage in den
184 Fokus unserer Arbeit rücken. Wir werden einerseits Initiativen wie „RWE
185 enteignen“ unterstützen und andererseits als Teil der Klimabewegung zu einem
186 linken Machtaufbau der Klimagerechtigkeitsbewegung mit Arbeiter*innen,
187 Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft beitragen - weltweit.

188 Unerlässlich dafür wird es sein, durch eine solidarische, internationale
189 Klimapolitik eine gerechte Welt zu erstreiten. Denn Klimagerechtigkeit gibt es
190 nur global. Notwendige Voraussetzung dafür ist es, das fossile Zeitalter global
191

192 schnellstmöglich zu beenden - nicht nur in Deutschland oder Europa, sondern
193 global. Dafür dürfen keine weiteren, neuen fossilen Projekte im Ausland, wie
194 zuletzt in Südafrika oder im Senegal finanziert werden, sondern Erneuerbare
Projekte unterstützt werden.

195 Im Mittelpunkt des politischen Handelns müssen die Menschen mit ihren
196 Bedürfnissen stehen - nicht die Profite von Konzernen. Gemeinsam mit den vielen
197 Menschen, die von einer klimagerechten Welt profitieren und auf diese für ihr
198 weiteres Leben angewiesen sind, wollen wir systematische Veränderungen
199 erstreiten.

200 Wir haben nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen.

A3NEU Für ein Bürger*innengeld, das den Namen verdient – weg mit Hartz IV!

Gremium: 2. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 17.12.2022
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Arm gegen Ärmer – die politische Instrumentalisierung der **2 Union**

3 Die wochenlange Debatte über das Bürger*innengeld wurde insbesondere von Union
4 und AfD für eine Instrumentalisierung von Armen gegenüber den Ärmsten gezielt
5 genutzt, um damit ihr eigenes Narrativ zu stützen, welches im Bürger*innengeld
6 eine unrechtmäßige Abkehr vom System „Hartz IV“ sieht. Tagelang wurde über
7 einzelne Aspekte der Reform gestritten, ohne die tatsächlich Betroffenen auch
8 nur im Geringsten einzubinden – über ihre Köpfe hinweg und an der Lebensrealität
9 vieler Menschen vorbei. Armenhass und kontrafaktische Narrative statt
10 demokratische Verantwortung für die Schwächsten in der Gesellschaft – das ist
11 die Politik von Union und AfD.

12 Für uns ist klar: Wir sind solidarisch mit allen, die in Sozialleistungsbezug
13 fallen! Wir wehren uns gegen jegliche Stigmatisierung arbeitsloser Menschen und
14 das Ignorieren ihrer finanziellen Not. Die Union spielt Arme gegen Ärmere aus
15 und reproduziert unsachgemäße Stereotype zu Arbeitslosen- Und das vor allem für
16 den politischen Geländegewinn. Das ist besonders in Zeiten multipler sozialer
17 Krisen unfassbar.

18 Ein fauler Kompromiss – untragbare Abstriche

19 Der im Vermittlungsausschuss des Bundesrats entstandene Kompromiss, der ein
20 Wegfallen der Vertrauenszeit von 6 Monaten vorsieht, ist für uns als Verband ein
21 nicht hinnehmbarer Beschluss, da nur Sanktionsfreiheit eine Abkehr vom
22 menschenfeindlichen Bild des*der Sozialschmarotzer*in bedeutet. Für uns steht
23 fest: Die Beibehaltung verfassungswidriger Sanktionsregime, wie dies vom
24 Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde, ist nicht vereinbar mit unseren
25 Vorstellungen eines solidarischen Sozialstaates. Wir setzen auf Ermächtigung und
26 Vertrauen, nicht Kontrolle und Drangsalierung.

27 Auch mit Sicht auf Langzeiterwerbstätige, die durch Schicksalsschläge in die
28 Arbeitslosigkeit geraten, sehen wir gravierende Mängel in der vorgelegten
29 Reform, insbesondere in der durch die Union mitgestalteten Kompromissfassung.
30 Eine Kürzung des Schonvermögens um ein Drittel (auf 40.000€) für die
31 Empfänger*innen und eine Halbierung des anrechnungsfreien Vermögens für dem
32 Haushalt angehörige Menschen auf nur 15.000€ (statt 30.000€) ist nicht
33 akzeptabel, da langjährige Erwerbstätigkeit nicht durch einzelne Begebenheiten
34 zunichte gemacht werden darf.

35 Statt der ursprünglich angedachten 2 Jahre, in der Bezieher*innen ihre Wohnung
36 nicht räumen und eine kleinere beziehen müssen, sollen
37 Bürger*innengeldbezieher*innen nun bereits nach nur einem Jahr potentiell ihre
38 gewohnten vier Wände verlassen müssen. Wohnraum ist ein Grundrecht. Menschen
39 können und dürfen nicht ihrem Umfeld entrissen werden, nur weil Behörden ihre
40 Wohnungsgröße für unangemessen halten. Auch wenn die Union in den letzten Wochen
41 wiederholt die Sorge vor Bürger*innengeldempfänger*innen, die Luxus-Lofte
42 beziehen und Sozialleistungen empfangen, befeuert hat, sieht die Realität für
43 die meisten im Bezug gänzlich anders aus. Einengende Räumlichkeiten, Verdrängung
44 an den Stadtrand, da dort die Mieten in der Regel niedriger ausfallen und
45 unzureichende Miteinbeziehung persönlicher und gesundheitlicher Gründe für die
46 Auswahl der jeweiligen Wohnung und ihrer Lage – all das stellt keine Seltenheit
47 dar.

48 **Sozialstaat bedeutet Unterstützung – nicht Gängelung durch** 49 **Sanktionen**

50 Für uns ist klar: Bei der Reform zum Bürger*innengeld kann es nicht bleiben.
51 Selbst vor der Einigung mit der Union hat der Vorschlag der Ampelregierung nicht
52 dem entsprochen, was eigentlich für eine menschenwürdige Grundsicherung nötig
53 wäre.

54 Eine deutliche Erhöhung des Regelsatzes war schon lange bitter nötig, die
55 kommende Erhöhung um 50 Euro, stellt in der aktuellen Situation jedoch
56 allenfalls eine Inflationsbereinigung dar.

57 Damit eine Regelsatzerhöhung in dieser Legislaturperiode noch kommt, wie es
58 bereits parteiinterne Beschlusslage ist, werden wir uns weiterhin bei den Grünen
59 dafür einsetzen.

60 Auch Sanktionen lehnen wir weiterhin grundsätzlich ab. Sie drangsalieren, lähmen
61 und zwingen Menschen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

62 Aber das darf nicht das Ziel einer menschenwürdigen Grundsicherung sein. Viele
63 Menschen sind unfreiwillig arbeitslos und sie haben das Recht auf eine echte
64 Unterstützung, statt einer Bestrafung

65 **Armut bekämpfen statt verwalten**

66 Wir fordern ein radikales Umsteuern der Ampel. Hartz IV und all seine
67 Abkömmlinge müssen weg. Daher setzen wir uns in unserem politischen Kampf für
68 folgende Maßnahmen ein:

- 69 1. Ein Ende der Sanktionen beim Bürger*innengeld
- 70 2. Deckelungsfreies Schonvermögen
- 71 3. Eine armutsfeste Grundsicherung von 1.100€ (mit Möglichkeit zur
72 Beantragung individuellen Mehrbedarfs)
- 73 4. Inflationsbereinigte halbjährliche Anpassung des Regelsatzes und seiner
74 Bausteine (Bildung, Wohnung, Kultur und Freizeit, etc.)
- 75 5. Wohnungsbeibehalt während des gesamten Bezugs statt Karenzzeit
- 76 6. Regelmäßige Feedbackgespräche zwischen Sachbearbeiter*innen und
77 Bezieher*innen. Jobcenter sollten ein ermutigender Ort sein, in dem
78 Menschen Unterstützung in ihrer Entwicklung erfahren. Die Realität ist
79 durch die knappen Recourcen und den Druck, der durch Sanktionen entsteht
80 oft eine andere. Deswegen setzen wir uns auch für eine bessere personelle
81 und finanzielle Ausstattung von Jobcentern ein.
- 82 7. Die Überführung von Kindersatz und Kindergeld in eine Kindergrundsicherung
83 für alle, die das Existenzminimum sichert
- 84 8. Hinzuverdienstgrenzen abschaffen (insbesondere für Angehörige von
85 Bezieher*innen)
- 86 9. Automatische Auszahlung bei Fehlen eines Lohnarbeitsverhältnisses, um
87 bürokratische Hürden abzubauen, mehr Recourcen in den Jobcentern für die
88 Unterstützung frei zu machen und Stigmatisierung entgegen zu wirken
- 89 • Einführung einer Jobgarantie durch gemeinwohlorientierte und garantierte
90 Vollbeschäftigung über staatliche Job-Angebote. Diese Angebote sollen für
91 alle zugänglich sein, die aufgrund von struktureller Ausgrenzung vom
92 Arbeitsmarkt und Wettbewerb zwischen den Arbeitnehmer*innen derzeit keine
93 Beschäftigung realisieren können, aber gerne einer gesellschaftlich-
94 sinnvollen Tätigkeit nachkommen würden. Dieses Angebot muss sich an den
95 aktuell auf dem Arbeitsmarkt geltenden Standards wie Mindestlohn,
96 Urlaubsanspruch und Zugang zu Sozialversicherung orientieren.

97 Armut ist und bleibt keine Entscheidung. Die aktuelle Reform von Hartz IV hin

98 zum Bürger*innengeld ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass mit ihr ein
99 menschenwürdiges Leben ohne Existenzängste immer noch nicht möglich ist.
100 Eine Welt, in der niemand arm sein muss ist möglich. Wir kämpfen weiterhin
101 dafür.

G1NEU Gemeinsam sind wir stärker – Gute Debattenorte für die Grüne Jugend

Gremium: 2. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 18.12.2022
Tagesordnungspunkt: G Gemeinsam sind wir stärker - unser
Ausblick auf das Verbandsjahr 2023

Antragstext

1 Eine Krise jagt die nächste: Während die Corona-Pandemie weiterhin andauert und
2 wir Kriegen auf der ganzen Welt zuschauen, während wir uns unseren Einkauf nicht
3 mehr leisten können und die Klimakatastrophe jeden Tag ein Stück näher rückt,
4 suchen wir als GRÜNE JUGEND linke Antworten auf die Probleme unserer Zeit. Auch
5 deshalb sind wir relevanter Teil der politischen Linken: Gemeinsam mit vielen
6 anderen Akteur*innen wollen wir für eine bessere Welt streiten und die Straße
7 nicht rechten und konservativen Kräften überlassen.

8 Und genau deshalb sind wir alle gemeinsam in der GRÜNEN JUGEND aktiv. Wir
9 bringen uns ein, erleben gemeinsam, was es heißt, politisch wirksam zu sein,
10 lernen von- und miteinander und entwickeln linke Antworten und Analysen, um Teil
11 der Veränderung zu sein. Debattenorte sind hierfür ein zentraler Ort in unserem
12 Verband: Sie geben uns die Möglichkeit, zu diskutieren, uns zu vernetzen, uns
13 und unsere Positionen dabei weiterzuentwickeln und immer wieder neue Ideen auf
14 die Tagesordnung zu setzen.

15 Für all dies bietet die GRÜNE JUGEND für viele junge Menschen Orte der
16 Einbringung: Von der Debattenrunde im Kreisverband über
17 Landesmitgliederversammlungen bis hin zu bundesweiten Seminaren, Fachforen,
18 Länderräten und Bundeskongressen. Über die letzten Jahre haben wir diese Orte
19 immer wieder gemeinsam verändert, sie wurden reformiert, neu aufgestellt oder
20 sind in anderen Orten aufgegangen. Doch trotz dieser vielen Angebote und
21 Reformen mussten wir auch immer wieder feststellen, dass wir als stetig
22 wachsender Verband an unsere Grenzen stoßen. Die bestehenden Debattenorte können
23 unserem Ziel eines demokratischen und partizipativem Verbandslebens in einem so
24 vielfältigen Verband häufig nicht mehr gerecht werden. Doch um gemeinsam für
25 Veränderung zu streiten, ist es für uns als politischen Akteur zentral, gute
26 Orte auf allen Ebenen zu schaffen, in denen wir uns einbringen, debattieren,
27 lernen, vernetzen und mitentscheiden können.

28 Insbesondere die Corona-Pandemie hat den Austausch und die gemeinsame Debatte
29 erschwert und noch immer wirkt sich dies auf bestehende Debattenorte aus. So
30 konnte beispielsweise seit seiner Einführung unser Frühjahreskongress lediglich
31 online stattfinden. Der Bundeskongress, unser höchstes beschlussfassendes
32 Gremium, auf dem wir unsere inhaltlichen Positionen und auch die
33 Verbandsausrichtung für das Jahr beschließen, kratzte schon vor Corona an
34 organisatorischen und finanziellen Grenzen und konnte seit Beginn der Pandemie
35 mehrfach nur eintägig oder rein digital und unter enormer organisatorischer
36 Anstrengung stattfinden, was die gemeinsame Debatte weiter erschwerte. Auch
37 viele Kreis- und Landesverbände haben mit dem Umstieg auf hybride sowie reine
38 Online-Veranstaltungen zwar das Beste aus den schwierigen Umständen gemacht,
39 dennoch konnten auch Videokonferenzen und Online-Kongresse den direkten
40 Austausch und die gemeinsame Präsenz-Debatte nicht vollumfänglich ersetzen.

41 Um gemeinsam als gesamter Verband Antworten auf diese Probleme zu finden und
42 wirksame, inklusive und partizipative Debattenorten zu schaffen, wollen wir uns
43 in einem zweijährigen, verbandsweiten Prozess der Evaluierung und Entwicklung
44 von Debattenorten widmen. Dieser soll aus drei zentralen Bausteinen bestehen:
45 Einer gemeinsamen Zielsetzung, der Ist-Analyse, sowie der Entwicklung von
46 Lösungsansätzen, um unsere Debattenorte so auszugestalten, wie wir sie uns
47 vorstellen.

48 Dafür wollen wir den Prozess in zwei Phasen teilen. Im ersten Jahr wollen wir in
49 einem ersten Schritt eine gemeinsame Perspektive darauf entwickeln, wie
50 Debattenorte in Zukunft in der GRÜNEN JUGEND aussehen sollen: Wie stellen wir
51 uns Debattenorte vor? Was sollen sie leisten? Wie können uns Debattenorte in
52 unserer Arbeit für eine bessere Welt helfen?

53 Anschließend daran wollen wir uns in einem zweiten Schritt vor allem damit
54 beschäftigen, wie Debattenräume im Verband gerade aussehen, welche Bedarfe es im
55 Verband gibt und welche Hürden wir nehmen müssen: Wo stehen wir als Verband in
56 Hinblick auf unsere Ziele? Welche Probleme hindern uns gerade daran, diese Ziele
57 zu erreichen? An welchen Stellen werden wir unserem eigenen Anspruch an
58 Partizipation und Wirksamkeit noch nicht gerecht? Welche Grenzen gibt es?

59 Darauf aufbauend wollen wir im zweiten Jahr des Prozesses den Weg hin zu diesen
60 Zielen konkret diskutieren und ausarbeiten. Dafür sollen bis zum Bundeskongress
61 2024 auf Grundlage der Erkenntnisse der ersten beiden Phasen konkrete
62 Reformvorschläge erarbeitet und in der gesamten Breite unseres Verbandes
63 diskutiert werden: Wie kann Teilhabe sichergestellt werden? Wie können wir
64 gemeinsam verbandsweite Debatten und Positionsfindungen gestalten? Wo können
65 sich Menschen in Debatten nicht nur inhaltlich weiterentwickeln, sondern den
66 politischen Austausch und auch Streit lernen? Und welche bestehenden oder neuen
67 Debattenorte sind nötig, um all dies als Verband angemessen abdecken zu können?

68 All dies wollen wir gemeinsam als gesamter Verband und unsere bestehenden
69 Debattenorte ganz genau unter die Lupe nehmen, damit wir sie reformieren können
70 und sie am Ende unseren gemeinsamen Zielen entsprechen. Auch wird es unsere
71 Aufgabe sein, mit den Kreis- und Landesvorständen herauszufinden, welche Orte
72 auch außerhalb der Bundesebene weiterentwickelt und welche neuen Konzepte dort
73 erprobt werden können. Gleichzeitig liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der
74 Weiterentwicklung des Bundeskongresses, insbesondere in Hinblick auf die
75 Sicherstellung demokratischer Teilhabe, Durchführbarkeit, Jugend- und
76 Kinderschutz, Sicherheit und Barrierefreiheit.

77 Diesen Prozess können wir nur gemeinsam stemmen. Dafür ist eine breite
78 Beteiligung aller Menschen in der GRÜNEN JUGEND zentral. Denn klar ist:
79 Gemeinsam sind wir stärker!

V1NEU Unterstützung für TVStud!

Gremium: 2. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 18.12.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Neben Schule, Ausbildung und Studium noch zu arbeiten, um sich das Leben leisten
2 zu können, ist für viele junge Menschen nicht eine Ausnahme, sondern die Regel
3 geworden. Prekäre Arbeitsbedingungen sind hierbei die Alltagsrealität vieler.
4 Gerade in Zeiten von Preisteigerungen, Mieterhöhungen und sozialer Unsicherheit
5 sehen sich junge Menschen vor akuten finanziellen Sorgen, die aber auch vorher
6 schon präsent waren. Dass dieser Zustand kein Zufall ist, sondern strukturell
7 und politisch gewollt, sehen wir unter anderem an Arbeitsverhältnissen
8 studentischer Beschäftigter an Universitäten und staatlichen
9 Forschungseinrichtungen. Anstatt die katastrophale Unterfinanzierung der
10 Hochschulen anzugehen, wird die schlechte Bezahlung von Studierenden auch noch
11 ideologisch gerechtfertigt und der Job dort zum Teil der akademischen Ausbildung
12 erklärt. Ein Lohn, der sich, wenn überhaupt, nur knapp über dem Mindestlohn
13 bewegt, reicht bei begrenzter Arbeitszeit und noch immer viel zu schlechten
14 Bedingungen im BAFöG nicht zum Überleben, und häufig nicht mal für die Miete.
15 Andersrum bedeutet das auch, dass man sich die Arbeit und den Zugang in die
16 Forschung und in der Universität erst einmal leisten können muss, denn von
17 dieser Beschäftigung allein wird man nicht über die Runden kommen. Das lassen
18 wir uns nicht gefallen!

19 Deshalb erklärt sich die Grüne Jugend solidarisch mit der Initiative „TVStud –
20 Tarifvertrag für Studentische Beschäftigte jetzt!“ und unterstützt die
21 politische Forderung nach einem Tarifvertrag zur Verbesserung der Arbeits- und
22 Vertragsbedingungen von Studentischen Beschäftigten.

23 Deswegen werden wir die Tarifauseinandersetzungen und die aufkommenden Streiks
24 mit unseren Gliederungen vor Ort und in den Ländern unterstützen und uns
25 strategisch mit ihnen vernetzen, um gemeinsame Hebel zu finden und den
26 öffentlichen Druck zu erhöhen.

27 Die Blockadehaltung durch den Arbeitgeberverband TdL (Tarifgemeinschaft
28 deutscher Länder) muss endlich aufgehoben werden. Dazu fordern wir die
29 Finanzministerien der Bundesländer dazu auf, sich in den Tarifrunden der Länder

30 dafür einzusetzen, dass diese Tariflücke im öffentlichen Sektor endlich
31 geschlossen wird.

32 Wir setzen uns dafür ein dass innerhalb von Bündnis 90 / Die Grünen ein
33 Bewusstsein für dieses Ziel und eine Sensibilisierung für das Thema Tarifbindung
34 geschaffen wird.

V2NEU Ein neuer finanzpolitischer Rahmen für Europa

Gremium: 2. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 18.12.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Und mal wieder Krise.

2 Während Inflation, Kriege, Klimakatastrophe und schwelender Nationalismus unser
3 aller Existenz bedrohen, kämpfen linke Kräfte oft gegen nationale Unterdrückung
4 und für Befreiung ihrer Mitmenschen. Dabei sind diese Krisen nicht national zu
5 bekämpfen, denn wir leben in einer kapitalistischen Weltordnung – die nicht an
6 Grenzen halt macht.

7 Die Lösung für viele ist internationale Kooperation – und gerade in Europa
8 lastet viel Hoffnung auf der Europäischen Union, dabei sind europäische Staaten
9 durch handlungsunwillige Politik und willkürlich festgesetzte Schuldengrenzen
10 gefesselt. Dazu kommen die bis heute spürbaren Folgen der Finanz- und Eurokrise
11 sowie der zahlreichen wirtschaftspolitischen Fehler in den Jahren danach:
12 Anstatt zu investieren, zwang sich die Eurozone zum Sparen.

13 Auch an der Griechenlandkrise, zu Zeiten der Syriza-Regierung, haben wir
14 gesehen, dass nationale linke Bestrebungen bei Versuchen der Umverteilung zu
15 sehr begrenzt werden. Und dies von einer Europäischen Union, die vor allem auf
16 ihre eigene Währungsstabilität, statt dem guten Leben für Alle aus ist. Die
17 Lösung der EU heißt zu oft: Kürzung der Löhne & Renten, statt höherer Besteuerung
18 der Reichen & Großunternehmen. Die Frage einer gemeinsamen Schuldenaufnahme wird
19 gerade auch von der deutschen Regierung immer wieder blockiert. Diese Politik,
20 die kurzfristige Profitinteressen priorisiert, gefährdet am Ende auch den
21 Zusammenhalt der Gesellschaft. Egal ob in Italien oder Frankreich: Immer wieder
22 beobachten wir, wie rechte Kräfte die Verunsicherung und Enttäuschung der
23 Menschen nutzen, um eine rückwärtsgewandte und nationale Politik populär werden
24 zu lassen, was wiederum den Einsatz für grenzüberschreitende Solidarität und
25 Menschenrechte immer wieder bedroht.

26 Klar ist: diese Europäische Union ist keine internationalistische Vereinigung.
27 Gerade ihre Finanzen werden oft als zu restriktive Maßnahmen genutzt, statt
28 gemeinsame Lösungen für gemeinsame Krisen zu finden. Und gerade mit Blick auf

29 die Europawahl wird klar, in Europa läuft einiges schief: sei es bei den
30 sozialen Themen, bei der finanziellen Verteilung von Mitteln oder der
31 Abschottung an den Außengrenzen.

32 Das muss sich ändern. Wir setzen uns weiter ein für ein gerechteres,
33 ökologisches und friedliches Europa, frei von nationalstaatlichen Grenzen . Ein
34 Europa, in dem die Bedürfnisse der Menschen und nicht die Profitinteressen
35 weniger im Mittelpunkt stehen und dessen Wohlstand nicht auf der Ausbeutung des
36 globalen Südens beruht. Ein Europa, in dem gemeinsam demokratisch entschieden
37 wird. Damit ist für uns klar, dass wir auch gemeinsam entscheiden, wie wir
38 wirtschaften und wofür in der EU Geld ausgegeben wird.

39 Daher wollen wir auf eine stärkere europäische Zusammenarbeit setzen, die
40 gemeinsame Lösungen für die vielen Krisen findet, in denen wir stecken. Und
41 dabei werden wir viel Geld brauchen.

42 Es gibt sinnvolle politische Reformen, die es sich für dieses Ziel zu erkämpfen
43 lohnt. Wir wollen das Race to the Bottom verhindern, welches dazu führt, dass
44 Staaten sich in der Besteuerung von Kapital unterbieten und Arbeitsrechte
45 abbauen, um attraktiv für Unternehmen zu bleiben.

46 Deswegen setzen wir uns für eine europäische Besteuerung von Unternehmen, hohen
47 Vermögen und Kapitalerträgen ein.

48 Ein gemeinsamer europäischer Mindestlohn wäre ein wichtiger Schritt. Eine
49 gemeinsame europäischen Arbeitslosenversicherung und eine europäischen Job- und
50 Ausbildungsgarantie müssen der nächste Schritt sein.

51 Gerade die Deutsche Bundesregierung spielt oft keine gute Rolle, wenn es um
52 Fragen europäischer Solidarität geht. Damals war es die Große Koalition, die
53 Griechenland das Sparmandat aufdrückte und heute ist es die Ampel-Regierung, die
54 die Lockerungen von Fiskalregeln auf EU- Ebene und eine gemeinsame
55 Schuldenaufnahme bremst. Während wir richtigerweise 200 Milliarden Euro Schulden
56 für den Gaspreisdeckel aufnehmen, fehlt auch aufgrund des Handelns der
57 Bundesregierung eine Perspektive für andere EU-Länder.

58 Deswegen kämpfen wir sowohl für die Abschaffung der undemokratischen
59 Schuldenbremse in Deutschland als auch für die Reform der Fiskalregeln in der
60 EU. Aus der gescheiterten Austeritätspolitik zu lernen, heißt: Gerade wenn
61 Länder in wirtschaftliche Krisen geraten, muss es ihnen ermöglicht werden,
62 Schulden aufzunehmen, um zu investieren und eine sich verstetigende Rezession zu
63 verhindern. Dabei soll sich nicht an Profitinteressen, sondern an den
64 Bedürfnissen der Menschen orientiert werden. Dies bedeutet, dass Entscheidungen
65 über eine gemeinsame europäische Finanzpolitik nicht mehr vom Markt diktiert,
66 sondern gemeinsam demokratisch legitimiert werden müssen.

67 Auch die EU als politisches Projekt ist voller Widersprüche: der Einsatz für
68 Demokratie und Menschenrechte auf der einen Seite und eine Wirtschaftspolitik,

69 die für viele Menschen innerhalb und vor allem außerhalb der EU mit
70 Unsicherheit, Armut und Ausbeutung verbunden ist.
71 Umso wichtiger ist es, dass wir uns diesen Fragen im nächsten Jahr widmen.

72
73 Wie können wir uns ein Zusammenleben frei von Grenzen vorstellen und was muss
74 passieren, um Profitlogiken im europäischen und globalen Kontext zu überwinden?
75 Dafür wollen wir in verschiedensten Formaten, unter anderem dem
76 Frühjahrskongress und dem internationalistischen Sommer von und miteinander
77 lernen und diskutieren. Außerdem planen wir eine Fahrt ins EU- Ausland, in der
78 wir uns mit Fragen von Austerität beschäftigen werden.

79 Denn auch wenn wir die EU an einigen Stellen kritisieren, so ist unser klares
80 Ziel eingerechteres, ökologisches und friedliches Europa, frei von
81 nationalstaatlichen Grenzen. Als überzeugte Europäer*innen kämpfen wir für ein
82 besseres Europa für Alle. Finanz- & geldpolitische Hebel können hierbei nur ein
83 Schritt von vielen sein, daher werden wir uns im Rahmen des nächsten Jahres
84 vermehrt damit auseinandersetzen, wie ein Europa der Zukunft konkret aussehen
85 kann.

V3NEU Internationale Solidarität in Zeiten der Krise - Eine Antwort auf globale Ungleichheiten geht nur solidarisch!

Gremium: 2. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 18.12.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Solidarität bedeutet, sich überall gegen Ungerechtigkeit und für universelle
2 Menschenrechte einzusetzen. Für uns als linke Jugendorganisation muss das auch
3 bedeuten, die globalen Dynamiken der Ausbeutung und Ausgrenzung zu benennen und
4 zu bekämpfen. Was in Deutschland gilt und wofür wir als GRÜNE JUGEND kämpfen,
5 darf an den Grenzen nicht aufhören!

6
7 Ein Aspekt hiervon sind globale Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. In den
8 Anfängen des Kapitalismus wurden mit kolonialen Herrschaftssystemen
9 systematische Wege geschaffen, um Wohlstand aus dem globalen Süden nach Europa
10 umzuverteilen. Hierfür wurden Kriege geführt, Grenzen gezogen und
11 gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt. Komplexe politische
12 Strukturen wurden aufgebaut, um Güter unter schlimmsten Bedingungen in
13 Kolonialstaaten zu produzieren und die Profite Weniger zu steigern, während der
14 Großteil der Bevölkerung überausgebeutet wurde.

15
16 Die Konflikte und Systeme, die geschaffen wurden, wirken bis heute nach. Im
17 weltumspannenden Kapitalismus des 21. Jahrhunderts werden noch immer Profite den
18 Bedürfnissen von Menschen vorangestellt. Während Kriege, Klimakrise und Hunger
19 wüten, wird in den Wertschöpfungsketten der Welt vor allem für Gewinne auf den
20 Absatzmärkten produziert - das heißt lieber Massentierhaltung als Nahrung für
21 alle, lieber Autos als moderne Busse und Bahnen, lieber luxuriöse Hotels und
22 Sportveranstaltungen als sicherer Wohnraum. Im entfesselten Wettbewerb unter
23 ungleichen Bedingungen, werden globale Ungleichheiten somit nur verstärkt.

24
25 Diese Ungleichheit nimmt deshalb auch aktuell in Zeiten globaler Krisen weiter
26 zu, denn Staaten, Regionen und Unternehmen wollen in Zeiten von Knappheit nach
27 ihrem Interesse handeln. Währenddessen besitzen wenige Milliardäre so viel wie
28 die ärmere Hälfte der Menschheit. Solidarität ist nirgendwo in Sicht.

29
30 Dagegen braucht es eine systematische Antwort auf ein System, das Krisen immer
31 wieder aufs Neue hervorruft. Es muss darum gehen, dass Nahrung, Kleidung und
32 alles, was wir für ein gutes Leben brauchen, unter fairen Bedingungen

33 hergestellt wird, egal wo es herkommt.

34

35 Das bedeutet echte internationale Solidarität und nichts Geringeres müssen wir
36 erkämpfen!

37

38 **Wofür wir kämpfen:**

39

40 **Lieferketten und Handel global gerecht gestalten!**

41

42 In modernen Lieferketten sind die Herstellungsschritte für Endprodukte quer über
43 den Globus verteilt. Unternehmen des einen Landes sind auf Arbeit und Ressourcen
44 aus einem anderen Land angewiesen. Doch diese Ressourcen werden vor allem in
45 Ländern des globalen Südens häufig von Unternehmen, aber auch von eigenen
46 Regierungen ausgebeutet, um im Wettbewerb um Exporte mithalten zu können. Diese
47 Dynamiken werden auch dann ausgenutzt, wenn Handelsabkommen abgeschlossen
48 werden, die z.B. aufgrund ungleicher Verhandlungsmacht der EU Ungleichheiten
49 verstärken. Diese Spannung lässt sich erst auflösen, wenn es einen klaren
50 Einsatz für gerechten Handel und Arbeitsbedingungen in globalen Lieferketten und
51 Produktionsprozessen gibt. Hierzu gehört neben grundlegenden Löhnen und
52 Arbeitsschutz vor allem auch die gewerkschaftliche Organisierung von
53 Arbeiter*innen, die in vielen Ländern noch behindert wird.

54 • Deshalb setzen wir uns als GRÜNE JUGEND für eine europäische Wirtschafts-
55 und Handelspolitik ein, die nicht nur versucht ihre Interessen durch
56 ungleiche Machtverhältnisse durchzusetzen, sondern sich auch mit den
57 Arbeiter*innen anderer Länder solidarisiert. In absehbarer Zeit müssen
58 Handelsabkommen deshalb vor allem in Bezug auf Umwelt- und
59 Arbeitsstandards deutlich angepasst werden.

60 • Wir sehen ein EU-Lieferkettengesetz als gute Zwischenetappe: So können
61 Verletzungen von grundlegenden Arbeitsrechten durch Unternehmen
62 transparent werden, Menschenrechtsverletzungen aufgedeckt und effektiv
63 bekämpft werden. Langfristig setzen wir uns dafür ein, dass Unternehmen
64 keine Möglichkeit mehr haben Verhältnisse von Regionen und Menschen hier
65 und anderswo auszunutzen.

66 • Die Industrialisierung in Ländern des globalen Südens wurde nicht
67 forciert, sondern behindert. Und dort wo sie stattfindet, werden vor allem
68 fossile Industrien gestützt, die man im globalen Norden wegen
69 Umwelteinflüssen nicht mehr haben will. Ein fossiles Wachstum kann nicht
70 das Ziel von Entwicklungspolitik sein! Stattdessen braucht es
71 entschiedenere Unterstützung durch Technologietransfer und wirtschaftliche
72 Zusammenarbeit, um effektiven und solidarischen Klimaschutz durchzusetzen.

73 • **Internationale Entschuldung jetzt!**

74

75 Schulden sind schon länger ein enormes Problem vieler Länder im globalen
76 Süden. Im Moment stellen sie jedoch mit steigenden Zinsen nochmal eine
77 viel größere Gefahr dar. Privatanleger und multilaterale Akteure wie die
78 Weltbank oder der Internationale Währungsfonds sind bedeutende Geldgeber
79 für die Industrialisierung in vielen Ländern des globalen Südens. Sie
80 verfolgen allerdings viel zu häufig eine aggressive oder schlecht
81 ausgefeilte Entschuldungspraxis, die bestehende Strukturen nur verfestigt
82 und Industrialisierung weiter hemmt oder sogar fossile und klimaschädliche
83 Industrien fördert. Vor allem die Privatisierung kritischer Sektoren und
84 der Abbau öffentlicher (Gesundheits- und Sozial-) Einrichtungen fallen
85 darunter. Diese Schuldenpolitik wird in Zeiten von globalen Krisen jedoch
86 leider immer häufiger, obwohl gerade da Geld gebraucht wird.

87 • Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND Schuldenerlasse für ärmere Länder,
88 ohne Wenn und Aber und wie von Unterorganisationen der UN vorgesehen! Es
89 braucht endlich Verträge, die z.B. den sogenannten "Ländern mit geringstem
90 Einkommen", aber auch Länder darüber hinaus, ihre Schulden erlassen und
91 das ohne krude Bedingungen. Sozial- und Gesundheitsausgaben, sowie die
92 Bewältigung der Klimakrise dürfen kein Grund mehr sein, weshalb Länder
93 tiefer in Schulden fallen!

94 • **Globale Steuergerechtigkeit konsequent durchsetzen!**

95

96 Um die finanziellen Probleme von Ländern im globalen Süden zu bekämpfen,
97 müssen auch Steueroasen konsequent bekämpft werden und ein steuerlicher
98 Unterbietungswettbewerb verhindert werden. Studien schätzen, dass sich 40%
99 des Kapitals von transnationalen Unternehmen in Steueroasen befinden.
100 Gleichzeitig enthüllten Journalist*innen jährlich neue Skandale der
101 internationalen Steuerhinterziehungen. Diese Anhäufung von Kapital birgt
102 langfristig Sicherheitsrisiken. Das zeigt die Corona-Krise ganz deutlich:
103 denn während sich das Vermögen der reichsten 10 Menschen im letzten Jahr
104 verdoppelt hat, mussten 160 Millionen Menschen zusätzlich in Armut leben.
105 Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten!

106 • Als GRÜNE JUGEND setzen wir uns deshalb für die internationale
107 Zusammenarbeit und konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung auch
108 durch niedrigschwelligen und digitalen Austausch von Bankdaten, sowie die
109 Einführung internationaler Vermögenssteuern ein. Nur so können wir die
110 Umverteilung von unten nach oben bremsen!

V4NEU Tiere sind keine Zirkusnummer!

Gremium: 2. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 18.12.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Seit Jahrtausenden leben Menschen mit Tieren zusammen - die Jagd, sowie das
2 Halten und Domestizieren von Tieren sicherte dabei nicht selten das menschliche
3 Überleben. Klar ist aber auch: Tiere sind fühlende Wesen, die Freude und
4 Zufriedenheit, aber auch Angst und Leid empfinden können. In einer Zeit und auf
5 einem Teil der Erde, wo das Halten von Tieren schon länger keine absolute
6 Lebensnotwendigkeit mehr darstellt, ist es deshalb die Pflicht von uns Menschen,
7 bei der Haltung von Tieren immer streng abzuwägen, wie sich unser Handeln auf
8 das Wohl der Tiere auswirkt. Dies betrifft auch die Zurschaustellung von Tieren
9 im Zirkus.

10
11 Spätestens nachdem das Verwaltungsgericht Darmstadt im April 2022 befunden hat,
12 dass das Tierschutzgesetz keine Grundlage für ein Verbot der Haltung von
13 Tieren in Zirkussen hergibt und damit ein Beschluss der Rodgauer
14 Stadtverordnetenversammlung gekippt hat, öffentliche Plätze nicht mehr an
15 Zirkusbetriebe oder Veranstalter*innen zu vergeben, die Tiere zur Schau stellen,
16 ist klar: Wer konsequenten Tierschutz in Zirkusbetrieben will, muss Veränderung
17 auf Bundesebene schaffen!

18
19 Höchste Priorität hat für uns dabei, dass das Halten, Dressieren und zur Schau
20 stellen von Wildtieren im Zirkus ein Ende hat. Anders als über Jahrhunderte und
21 Jahrtausende domestizierte Tiere haben Wildtiere keine Anpassung an das
22 Zusammenleben mit Menschen durchlaufen. Häufige Transporte, nicht-artgerechte
23 Haltung und Beschäftigung, eine oftmals mit Gewalt durchgeführte Dressur sowie
24 der ständige Kontakt zu Menschen führen bei Wildtieren im Zirkus nicht selten zu
25 Verhaltensstörungen, Krankheit und sogar vorzeitigen Todesfällen. Eine Haltung,
26 die den Bedürfnissen von Wildtieren entspricht, ist im Zirkusbetrieb praktisch
27 nicht möglich. Für alle anderen Tiere im Zirkus (domestizierte Arten) muss
28 darüber hinaus endlich der Zustand beendet werden, dass für sie schlechtere
29 Mindeststandards bei der Haltung gelten als in anderen Haltungsformen.

Tiere leiden - doch die Gesetzgebung hängt hinterher!

30
31 Um die Haltung von Zirkustieren zu beurteilen, hat das Bundesministerium für

32 Ernährung und Landwirtschaft 1990 erstmals die "Leitlinien für die Haltung,
33 Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen
34 Einrichtungen" erarbeitet (4). Diese Leitlinien wurden zuletzt im Jahr 2000
35 aktualisiert und gelten bis heute in dieser Form. Sie sind mittlerweile nicht
36 nur 22 Jahre alt, sondern gewährleisten auch keinen wirksamen Tierschutz.

37 Aktuell gilt - laut Zirkusleitlinien - das Säugetiergutachten (welches bspw. die
38 Haltung von Säugetieren in Zoos regelt) nicht in vollem Umfang für
39 Zirkusbetriebe, sofern diese ihre Säugetiere jeden Tag beschäftigen (4). So wird
40 beispielsweise das Reiten auf Ponys, Elefanten und Kamelen als Beschäftigung der
41 Tiere explizit empfohlen (4). Sogar bei Giraffen wird empfohlen, dass der*die
42 Tierlehrer*in zur Dressur auf diesen reitet (4). Das Betteln um Geld, mit Hilfe
43 von Zirkustieren, kann behördlich untersagt werden, ist aber nicht grundsätzlich
44 verboten (4). Hier wird direkt mit dem Leid der Zirkustiere Geld verdient!

45 Auch die Haltungsbedingungen verschiedener Tierarten werden beschrieben. So
46 werden auch Gehegegrößen angegeben und explizit darauf hingewiesen, dass bei
47 täglicher Beschäftigung der Zirkustiere, die Gehege kleiner sein dürfen, als im
48 Säugetiergutachten geregelt (4). Hier wird für dieselben Tierarten mit zweierlei
49 Maß gemessen und durch Ausnahmeregelungen werden kleine Gehege und damit
50 verbundenes Tierleid ermöglicht.

51 Darüber hinaus schaffen die Zirkusleitlinien auch im Umgang mit den Zirkustieren
52 Grundlagen für mehr Leid. So ist genügend Elefanten in ihrem Stallzelt so
53 anzuketten, dass sie sich hinlegen und lediglich einen Schritt vor und zurück
54 machen können (4).

55 Derzeit kann den Zirkusbetrieben bei groben Verstößen gegen die Vorschriften zur
56 Haltung von Zirkustieren das Halten der Tiere behördlich untersagt werden. Die
57 Zirkusleitlinien regeln allerdings auch, dass das Halten der Tiere auf
58 entsprechenden Antrag wieder zu gestatten ist, wenn davon ausgegangen werden
59 kann, dass entsprechende Verstöße nicht wieder vorkommen (4). So können
60 Menschen, die in der Vergangenheit wegen Tierquälerei aufgefallen sind, durch
61 einen entsprechenden Antrag wieder die Erlaubnis zur gewerblichen Haltung von
62 Tieren bekommen.

63 Im Jahr 2020 hat Julia Klöckner den Entwurf eines Nachstellverbots bestimmter
64 Tierarten vorgestellt. Damit sollen Zirkusbetriebe zukünftig keine weiteren
65 Elefanten, Giraffen, Nashörner, Flusspferde, Großbären oder Primaten mehr
66 erwerben können (5). Doch dieses geht nicht weit genug!

67 **Wildtiere im Zirkus müssen ein Auslaufmodell sein!**

68 Gerade weil dieses wichtige Thema in den Zuständigkeitsbereich des grün
69

70 geführten Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fällt, fordern wir
71 als Grüne Jugend eine zeitnahe Überarbeitung der Leitlinien und wirksame
Maßnahmen zum Schutz von Zirkustieren! Konkret bedeutet das für uns:

- 72 • Ein wirksames Nachtstellverbot für alle Wildtiere.

- 73 • Die Zirkusleitlinien müssen so überarbeitet werden, dass sie Zirkustiere
74 nach heutigen Standards schützen.

- 75 • Das Tierschutzgesetz muss so angepasst werden, dass Länder und Kommunen
76 selbst entscheiden können, welchen Betrieben sie ihre Flächen zur
77 Verfügung stellen.

- 78 • Zirkusbetriebe müssen genau staatlich untersucht und geprüft werden, denn
79 neben der Überarbeitung dieser Leitlinien ist auch deren Einhaltung
80 essenziell.

- 81 • Zusätzlich muss gelten: Wer grob gegen diese Leitlinien und den Tierschutz
82 verstößt oder sich mehrfach der Einhaltung der Regularien entzieht, darf
83 dauerhaft keinen Zirkus mit Tieren mehr betreiben!

84 Auf lange Sicht müssen wir es schaffen, dass deutschlandweit nur noch tierfreie
85 Zirkusse erlaubt sind. "Die Tierhaltung in Zirkussen möchten wir komplett
86 abschaffen", so steht es in unserem Selbstverständnis und dazu stehen wir auch
87 weiterhin [\(6\)](#)! Dies ist die einzige Art und Weise, wie Tierschutz in
88 Zirkusbetrieben ordentlich und konsequent durchgesetzt werden kann. Lasst uns
89 einen ersten Schritt hin zu diesem Ziel gehen und den Status quo signifikant
90 verbessern, damit Tiere die aktuell in Zirkusbetrieben leben so gut es geht
91 geschützt werden. Denn Tiere sind keine Zirkusnummer!